

Klimaschutz in Bremen – Forderungen an die neue Landesregierung

Wir befinden uns mitten in einer menschengemachten Klimakrise. Jedes Jahr werden neue Temperaturrekorde erreicht, extreme Wetterereignisse wie Dürren und Starkregen nehmen weltweit zu. 2018 erlebte ganz Deutschland einen beispiellosen Hitzesommer. Mit dem Paris-Abkommen hat sich die Weltgemeinschaft darauf verständigt, alles zu tun, um die Erderwärmung auf 1,5 °C gegenüber vorindustrieller Zeit zu begrenzen. Heute sind wir meilenweit davon entfernt, diesem Ziel auch nur nahe zu kommen – aktuell steuert die Welt auf eine Erwärmung von 3 - 4 °C bis zum Ende des Jahrhunderts zu. Die Folgen dieser Entwicklung sind für die menschliche Zivilisation, für alle Ökosysteme und deren Artenvielfalt katastrophal und unumkehrbar – und schon heute für diejenigen am bedrohlichsten, die am wenigsten zu ihrer Entstehung beigetragen haben.

Auch Bremen verfehlt seine selbstgesetzten Klimaziele von 40 % CO₂-Reduktion bis 2020 dramatisch. Die neue Bremer Landesregierung muss nun schnell effektive Maßnahmen für stärkeren Klimaschutz ergreifen, die der Dringlichkeit der Lage entsprechen. Klima- und Umweltschutz müssen bei allen politischen Entscheidungen mitbedacht werden und oberste Priorität erhalten. Auch unsere wirtschaftlichen Strukturen sind zu überdenken, da das stetige Wirtschaftswachstum grundlegend zur Entstehung der Klimakrise beigetragen hat und sie weiter verschärft.

In allen gesellschaftlichen Bereichen muss der Ausstoß von Treibhausgasen drastisch reduziert werden, damit das 40 %-Ziel bis spätestens 2023 tatsächlich erreicht wird – gefolgt von weiteren ambitionierten Schritten hin zur Klimaneutralität!

Wir fordern:

1. Die Bremer Kohlekraftwerke müssen bis spätestens 2023 abgeschaltet werden!

Die swb AG muss ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden und die klimaschädlichen Kohlekraftwerke innerhalb der neuen Legislaturperiode, am besten noch bis 2020, abschalten. Gleiches gilt für den zukünftigen Eigentümer Riverstone des Kraftwerkes in Bremen-Farge. Der Bremer Senat muss entsprechende Zielvereinbarungen anstreben und mit allen rechtlichen Möglichkeiten den Ausstieg beschleunigen.

2. Die Bremische Industrie muss ihre Energieeffizienz deutlich steigern und bis 2030 eine klimaneutrale Energieversorgung erreichen!

Das gilt auch und insbesondere für die Bremer Stahlwerke. Alle nachhaltigen Formen der Energiebereitstellung (z. B. regenerativ erzeugter Wasserstoff) müssen dazu exploriert werden. Die Politik muss diese Entwicklung einfordern und unterstützen, dabei aber eine Verlagerung der Produktion vermeiden und stattdessen die Bedingungen für eine möglichst nachhaltige Herstellung von Produkten hier in Bremen schaffen.

3. Bremen zum solaren Vorreiter machen!

Mit einem landesweiten Förderprogramm zum Ausbau von Solarwärme und Solarstrom muss deren Anteil an der Strom- und Wärmeversorgung drastisch gesteigert werden, auf mindestens 25 % bis 2030. Auf alle Bremer Landeseinrichtungen gehören Solaranlagen, sofern dies baulich möglich ist. Gleichzeitig muss das Land Bremen auf eine drastische Absenkung des Energieverbrauches hinwirken, etwa durch finanzielle Anreize und offensive Beratung.

4. In den nächsten Jahren muss Bremen die Verkehrswende schaffen!

ÖPNV, Schienennahverkehr sowie Park&Ride-Angebote müssen deutlich ausgebaut und gefördert werden. Der innerstädtische Autoverkehr muss dagegen deutlich reduziert werden. Autofreie Innenstädte und Wohngebiete leisten einen Beitrag für Klimaschutz, saubere Luft und mehr Lebensqualität. Das Parken im öffentlichen Raum muss beschränkt und Tempo 30 zur Regelschwindigkeit auf Bremischen Straßen werden. Gleichzeitig müssen die finanziellen Mittel zur Förderung von Radverkehr

und Fußgängern in der neuen Legislaturperiode verfünffacht werden, z. B. für die Schaffung attraktiver Fahrrad-Premiumrouten. Der Bremer Flughafen darf weder weiter ausgebaut noch subventioniert werden, außerdem dürfen von hier aus keine klimaschädlichen Kurzstreckenflüge mehr möglich sein.

5. Wohnen muss klimafreundlicher werden!

Das Heizen von Gebäuden verursacht etwa die Hälfte der CO₂-Emissionen. Deshalb braucht es dringend einen konkreten Fahrplan zur energetischen Sanierung bestehender Gebäude, unter Nutzung natur- und klimaverträglicher Baustoffe. Dabei müssen Regelungen gefunden werden, die nicht zu Lasten der Mieterinnen und Mieter gehen und soziale Verdrängung durch steigende Mieten nicht verstärken. Darüber hinaus sollten ressourcenschonende Wohn- und Bauformen insgesamt gefördert werden.

6. Klimaschutz in der Bildung stärken!

Wissen und Verstehen von Problemzusammenhängen sind wesentliche Voraussetzung zu ihrer Lösung. Daher müssen die

Klimakrise, ihre sozialen Folgen und die Möglichkeiten zur Überwindung in den Lehrplänen aller Schultypen aufgewertet werden. Klimakrise und Klimapolitik müssen verpflichtender Gegenstand im Lehramtsstudium für gesellschafts- und naturwissenschaftliche Fächer werden. Außerdem sollten alle Formen der Erwachsenenbildung zur Klimakrise unterstützt werden. Hierzu gehören auch Nachbarschaftsinitiativen und Klimaläden.

7. Die öffentliche Hand Bremens muss mit gutem Beispiel vorangehen!

Das Land Bremen muss mit seinen Institutionen zum klimapolitischen Vorbild werden. Das Essensangebot in den öffentlichen Mensen und Kantinen Bremens muss schrittweise auf 100 % Bio umgestellt werden, zusammen mit einer deutlichen Ausweitung des vegetarischen und veganen Angebotes und einem reduzierten Angebot tierischer Produkte. Öffentliche Gebäude müssen im Rahmen eines Sonderprogramms energetisch saniert und mit Solaranlagen ausgestattet werden. Der bestehende Bürgerschaftsbeschluss zum Divestment muss konsequent umgesetzt werden.

Unterzeichnende Organisationen:

